

Muslime in der Statistik

Wer ist Muslim und wenn ja wie viele?

Dr. Riem Spielhaus
(Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa)

Berlin, Juni 2013

Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienst Integration

WWW.MEDIENDIENST-INTEGRATION.DE

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Wie aus Einwanderern Muslime wurden.....	4
3. Wer wird als Muslim gezählt?	5
4. „Nicht gläubige Muslime“: Was sagt die Zählweise über das Verständnis von Muslimsein?.....	8
5. Ungenau & hartnäckig: Warum hat sich die Zahl 4 Millionen Muslime durchgesetzt?	11
6. Für wen sind die Zahlenangaben zu Muslimen wichtig?	11
7. Zusammenfassung.....	13
8. Empfehlungen zum Umgang mit Zahlen zu Muslimen in Deutschland	15

1. Einleitung

Der Zensus 2011 wurde von vielen in Wissenschaft, Politik und Medien mit Spannung erwartet, weil erstmals neben der „rechtlichen Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft“ auch das Glaubensbekenntnis zu einer Religion erfragt wurde. Diese Erhebung sei „wichtig für das Verständnis von Prozessen der Integration von Zuwanderern und ihrer Kinder“, erklärten die Zensus-Statistiker im Vorfeld.¹ Aufgrund der hohen Rate der Zensusteilnehmer, die die freiwillige Frage nach dem religiösen Bekenntnis nicht beantworteten, stellen die nun vorliegenden Ergebnisse jedoch keine verlässlichen Angaben dar, so heißt es bei der Veröffentlichung der Zahlen im Mai 2013. Es ist daher wahrscheinlich, dass offizielle Stellen ihre bisherigen Angaben zu Muslimen in Deutschland nicht revidieren werden.

Ihnen zufolge leben in Deutschland 3,8 bis 4,3 Millionen Musliminnen und Muslime. Diese Angabe ist jedoch längst nicht so verlässlich, wie häufig dargestellt. Da es sich um eine Hochrechnung handelt, müsste immer das Adjektiv „geschätzt“ hinzugefügt werden.

In Deutschland wird die Religionszugehörigkeit der Einwohner nur in Ausnahmefällen erfasst, wie etwa durch Meldestellen und Steuerbehörden zur Erhebung der Kirchensteuer. Dies entspricht einem Verständnis von Religionszugehörigkeit als Privatsache, die staatliche Stellen nichts angeht. Das Verständnis der datenrechtlichen Selbstbestimmung in Bezug auf die eigene Religion ist eine Folge europäischer Religionskriege, des Holocaust sowie einer langwierigen Emanzipationsbewegung gegenüber religiösen Instanzen.

Dennoch kursieren seit einigen Jahren verschiedene Zahlenangaben über Muslime in Deutschland. Innerhalb weniger Jahre legten offizielle Stellen gleich dreimal aktualisierte Schätzungen zur Anzahl der Muslime in Deutschland vor, die jedes Mal auf unterschiedlichen Datengrundlagen beruhen. Grundlage waren Migrationsstatistiken oder Umfragen unter Menschen aus ausgewählten Herkunftsländern und darauf basierende Hochrechnungen.

Im Mittelpunkt dieses Gutachtens stehen daher die Fragen: Wie kommen die Zahlen zu Muslimen in Deutschland zustande und wie aussagekräftig sind sie?

¹ https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Aktuelles/Warum_der_%20Zensus_%20nach_%20der_%20Religion_%20fragt.html

2. Wie aus Einwanderern Muslime wurden

Noch vor einem Jahrzehnt wurde dem Thema „Muslime in Deutschland“ kaum eine Konferenz, ein Buch oder Zeitungsartikel oder eine Fernsehsendung gewidmet – und zwar nicht, weil es keine Muslime in Deutschland gab, sondern weil sie nicht als solche wahrgenommen wurden. Zwar waren dieselben Menschen schon damals häufig Gegenstand kontroverser Debatten, doch die sozialen Probleme wurden im Kontext anderer Kategorien wie „Ausländer“ oder „Türke“ verhandelt. Während also früher die Ursachen für Konflikte in der Zugehörigkeit zu bestimmten Nationalitäten gesucht wurden,² richtet sich die Aufmerksamkeit heute eher auf den muslimischen Glauben.³ Die Religion von Migranten ist zur zentralen Ordnungskategorie oder gar zum Begründungsmuster für soziales Verhalten geworden – zumeist für negatives soziales Verhalten.

Debatten wie die zur Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes ab 1998 und die Terror-Anschläge vom 11. September 2001 in New York haben zu einer wachsenden Aufmerksamkeit für die Religionszugehörigkeit muslimischer Einwanderer geführt. Und so stand plötzlich die Frage im Raum: Wie viele sind das? Ist das eine relevante Gruppe, der sich Politik und Verwaltung explizit widmen müssen?

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurden aus eingebürgerten Türken, Iranern und Arabern nicht einfach Deutsche. Es wurden zwei neue Kategorien etabliert:

- „Menschen mit Migrationshintergrund“, um nicht nur diejenigen zu erfassen, die selbst eingewandert sind, sondern auch die Integrationserfolge bzw. die Hemmnisse für die gleichberechtigte Teilhabe der Kinder und Enkelkinder von ehemals Eingewanderten statistisch nachvollziehen zu können.
- „Muslime“, eine Bezeichnung, die vermeintlich auf Religionszugehörigkeit rekurriert, in der Praxis jedoch meist als Angabe über die Herkunft aus einem mehrheitlich muslimischen Land und weniger als Kategorie des Glaubens und der Religionspraxis verwendet wird.

Diese neuen Kategorien sind Ausdruck einer doppelten Paradigmenverschiebung: Erstens realisierten nun relevante Akteure in Politik und Gesellschaft zunehmend, dass

² In dem Kapitel „Making Ausländer“ analysiert Ruth Mandel die im deutschsprachigen Diskurs dominanten Kategorien. Dabei weist sie darauf hin, dass lange Zeit von „Ausländern“ und gerade nicht von „Einwanderern“, „Zuwanderern“ oder „Migranten“ die Rede war, Begriffe die zumindest über inklusives Potential verfügen, und dies im Zusammenhang mit politischen, sozialen und ökonomischen Rechten und Pflichten stand (Ruth Mandel: *Cosmopolitan Anxieties. Turkish Challenges to Citizenship and Belonging in Germany*. London 2008, S.80).

³ Gökçe Yurdakul zeigt in der Publikation „From Guest Workers into Muslims“, dass diese Verschiebung durchaus auch von Migrantenselbstorganisationen vollzogen wurde. Sie beschreibt mehrere Schwerpunktverschiebungen in der innertürkischen Debatte um die Priorisierung von Klasse oder Ethnizität bzw. von Arbeiter- oder Bürgerrechten sowie die neue Markierung der Religionszugehörigkeit in türkischen Organisationen aus dem sozialdemokratischen Umfeld nach 2001 (Gökçe Yurdakul: *From Guest Workers into Muslims: The Transformation of Turkish Immigrant Associations in Germany*. Newcastle 2009, insbesondere S. 22; 58-66).

Einwanderung kein vorübergehendes Phänomen und eine Integrationspolitik notwendig sein würde. Zweitens verwandelte sich die Ausländerdebatte in eine Islamdebatte – unter anderem, da die früheren Ausländer mit Verweis auf ihre deutschen Pässe Inklusion einforderten und nicht mehr über ihre andere Staatsangehörigkeit zu markieren waren.

Während dem Christentum und anderen Religionen angehörende Einwanderer zumindest aus dem Fokus einiger besonders scharf geführter Debatten verschwunden sind, werden (vermeintlich) muslimische Einwanderer als besonders integrationsbedürftig und im Hinblick auf Sicherheit und Identität problematisch diskutiert. Dies verstärkte sich insbesondere mit dem 11. September 2001 und folgenden Anschlägen und Gewalttaten in Europa.

Kurz, Muslime gelten seitdem als *die* problematischen Migranten, über die wir offensichtlich reden und schreiben müssen, die wir erforschen und nicht zuletzt integrieren müssen. Es sind *die* Migranten, deren Vertreter zu Gesprächen über Integration, Sicherheitsfragen und Religion eingeladen werden, die aber auch mittlerweile bei der Besetzung von Führungspositionen in Politik und Verwaltung berücksichtigt werden.

Für die Interessenvertretung islamischer Verbände ist diese Aufmerksamkeit nicht nur von Nachteil. Zwar geht damit eine Stereotypisierung einher, aber muslimische Vertreter erhalten die Möglichkeit von der kommunalen über die regionale bis zur Bundesebene ihre Probleme und Bedürfnisse gegenüber Medien, Politikern und Regierungsangehörigen anzusprechen und werden zu Gipfeln, Konferenzen und zahlreichen Symbolveranstaltungen eingeladen. Auch wenn die Gespräche selten ihren Interessen entsprechend verlaufen.

3. Wer wird als Muslim gezählt?

Die vorliegenden Zahlenangaben zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland sind jeweils Schätzungen, da die Religionszugehörigkeit mit Ausnahme der Mitgliedschaft in den christlichen Großkirchen in Deutschland nicht von offizieller Stelle erfasst wird. Ein Überblick zur Entwicklung der aktuellen Zahlen:

1999 führte eine parlamentarische Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die rot-grüne Bundesregierung zur ersten offiziellen Schätzung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime, die mit der Antwort der Bundesregierung im Jahr 2000 veröffentlicht wurde. Die Angaben darin bezogen sich jedoch notgedrungen auf den Zensus von 1987 und die Migrations- sowie Einbürgerungsstatistik.

Ergebnis: 2,8 bis 3,2 Millionen Muslime in Deutschland (davon 370 000 bis 450 000 deutsche Staatsangehörige).⁴

2006 stellte die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erneut eine Große Anfrage und forderte eine aktuelle Zahl über Muslime. Im Jahr 2007 veröffentlichte der Deutsche Bundestag die Antwort der Bundesregierung der großen Koalition.

Ergebnis: 3,1 bis 3,4 Millionen Muslime in Deutschland (darunter etwa 1,0 bis 1,1 Millionen mit deutscher Staatsangehörigkeit).⁵

Grundlage für die ersten beiden Schätzungen waren Wanderungsstatistiken bzw. die (frühere) Staatsangehörigkeit. Gezählt wurden dabei alle Ausländer und Eingebürgerten, die aus 28 „mehrheitlich muslimischen Ländern“ stammten. Letztlich wurde hier also geschätzt, wie viele Menschen muslimischen Hintergrunds oder, um genau zu sein, wie viele Menschen aus 28 überwiegend muslimischen Staaten in Deutschland lebten. Die individuelle und aktuelle Religionszugehörigkeit und -praxis wurde dabei nicht erfasst.

Dem liegt eine kulturalistische Auffassung von Religionszugehörigkeit zugrunde, in der Religionswechsel oder die Abkehr von der Religion nicht vorgesehen sind. Im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz (DIK) wurde diese Art der Schätzung heftig kritisiert. Die Kritikpunkte an der bisherigen Vorgehensweise:

- Die bisher angewandten indirekten Methoden der Messung von Religionszugehörigkeit seien zu ungenau und müssten daher durch direkte Methoden der Zählung abgelöst werden.
- Die nationale Herkunft werde fälschlich mit Religionszugehörigkeit gleichgesetzt. So wurden Migranten aus mehrheitlich muslimischen Ländern als Muslime gezählt, die einer anderen Religion angehören oder sich von ihrer muslimischen Religion losgesagt haben. Hinzu kam, dass Muslime aus binationalen Ehen sowie Konvertiten und deren Nachkommen nicht berücksichtigt wurden. Auch Muslime aus Ländern, deren Anteil an muslimischer Bevölkerung nicht als relevant betrachtet wurde, fehlten in diesen Schätzungen.

2007 erhielt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch die DIK (d.h. letztlich durch das federführende Bundesinnenministerium) den Auftrag, eine Studie durchzuführen, die die benannten methodischen Mängel beheben und eine neue, belastbarere Schätzung der Anzahl der Muslime in Deutschland liefern sollte. Die hierauf entstandene Studie "Muslimisches Leben in Deutschland" erschien 2009.

⁴ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/045/1404530.pdf>

⁵ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605033.pdf>

Im Rahmen der zugrundeliegenden Erhebung wurden 6.004 Personen zu ihrer eigenen Religionszugehörigkeit sowie der ihrer Haushaltsangehörigen befragt, diesmal aus 49 Herkunftsländern mit „relevantem Anteil muslimischer Bevölkerung“. Insgesamt konnten so Angaben für knapp 17.000 Personen erhoben werden, die als Grundlage für eine Hochrechnung auf Basis der Ausländer- und Einbürgerungsstatistiken dienten. Die Studie verfeinerte also die in 2000 und 2007 angewendete Methode, indem sie vor der Hochrechnung erhob, welcher Anteil der Türkeistämmigen oder aus Iran Eingewanderten beispielsweise sich selbst als Muslim identifizierten. Die verbesserte Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kombinierte also das Merkmal Herkunftsland mit dem Kriterium Selbstbezeichnung als Muslim.

Ergebnis der Schätzung von 2009: 3,4 bis 4,3 Millionen (davon 45 Prozent deutsche Staatsangehörige). Somit liegt der Anteil der geschätzten Muslime an den vom Mikrozensus bezifferten 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund bei rund 25 Prozent. Der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung Deutschlands liegt bei 4,6 bis 5,2 Prozent.

2013 wurde die Auswertung des bundesweiten Zensus 2011 auch mit Zahlen zu Muslimen veröffentlicht – zum ersten Mal auf Grundlage einer direkten großflächigen Zählung.⁶ Doch die Ergebnisse werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten: Lediglich 1,9 Prozent der Bevölkerung hat sich in der freiwilligen Frage nach einem Religions- oder Glaubensbekenntnis zum Islam oder, genau gesagt, zum sunnitischen, schiitischen oder alevitischen Islam bekannt. 17,4 Prozent der Befragten machten von ihrem Recht gebrauch, keine Angaben zur Religionszugehörigkeit zu machen. Deshalb lassen die vorliegenden Ergebnisse laut Zensus-Statistikern keine verlässlichen Aussagen zu. Diese wollen nun versuchen, die Wissenslücke zu Muslimen und anderen in den kommenden Jahren durch die Auswertung anderer Daten schließen.

Doch auch das könnte zu Ungenauigkeiten führen, die bereits durch die Fragestellung zur Angehörigkeit zum Islam entstehen: Der Zensus 2011 ermöglichte ausschließlich dann, sich als Angehörige des Islams zu identifizieren, wenn die Befragten aus einer der drei Denominationen Sunnit, Schiit oder Alevit wählen. Die quantitative Befragung des Religionsmonitors unter 2.000 Muslimen im Jahr 2008 hat allerdings gezeigt, dass ein relevanter Anteil der Befragten, die sich als Muslime bezeichneten (!), die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer dieser religiösen Untergruppen nicht beantworten konnte oder wollte.⁷

⁶ Die letzte vollständige Erhebung der Bevölkerung für das frühere Bundesgebiet fand 1987 statt, in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gab es 1981 eine Volkszählung. Seitdem behilft sich die amtliche Statistik bei der Ermittlung der aktuellen amtlichen Einwohnerzahl mit einem statistischen Verfahren, der sogenannten Bevölkerungsfortschreibung. Doch dieses Verfahren wird umso ungenauer, je älter die zugrunde liegenden Ausgangsdaten sind. Im Zensus 2011 wurde ein Drittel der Bevölkerung befragt. Mehr dazu unter: https://www.zensus2011.de/DE/Zensus2011/Methode/Methode_node.html.

⁷ Im Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung waren dies immerhin 19 Prozent der Befragten, die sich als dem Islam zugehörig ansahen. Siehe: Peter Heine und Riem Spielhaus: Sunniten und Schiiten in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: Religionsmonitor 2008. Muslimische Religiosität in Deutschland. Gütersloh 2008, S. 24-31.

Es bleibt nun unklar, wie diejenigen im Zensus 2011 geantwortet haben, für die religiöse Untergruppen des Islams irrelevant sind oder die derartigen Spaltungen der Muslime in Religionsströmungen kritisch gegenüberstehen.

Der Zensus 2011 war ein Teilzensus, bei dem ein Drittel der Bevölkerung befragt wurde, so dass auch hier wieder eine Hochrechnung erfolgen musste. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Grundlage dieser Hochrechnung aufgrund der hohen zufällig ausgewählten Respondentenzahl zur bisher größten Genauigkeit geführt hat.

Die Besonderheit des Zensus gegenüber vorhergehenden Erhebungen ist, dass er auf ein Verfahren begründet ist, dass nicht die Herkunft aus einem muslimisch geprägten Land zur Eingrenzung der Befragten nutzt. So wurden zum ersten Mal auch Musliminnen und Muslime ohne Migrationshintergrund bzw. aus anderen Herkunftsländern einbezogen. Erstmals war also ausschließlich die Selbstidentifikation als Muslim ausschlaggebend.

Diesbezüglich könnten die kommenden Auswertungen der Zensusdaten immer noch aufschlussreich sein. Interessant wäre hierbei, welche Nationalität ausländische Befragte haben, die sich zum Islam bekannten.

Wichtig ist zu beachten, dass die Unterschiede zwischen den Schätzungen in 2000, 2007, 2009 und 2013 nicht auf reelle Veränderungen in der Anzahl der Musliminnen und Muslime in Deutschland zurückzuführen sind. Sie sind die Folge von veränderten Methoden der Befragung und der Hochrechnung. Es lassen sich mit diesen Zahlen also keine Trends für die zukünftige Entwicklung der Anzahl der Muslime in Deutschland berechnen.

4. „Nicht gläubige“ Muslime: Was sagt die Zählweise über das Verständnis von Muslimsein?

Neben der Religionszugehörigkeit wurden im Rahmen der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009 (BAMF-Studie) Religiosität und Religionspraxis der Befragten erhoben. Nachdem die Teilnehmer der Untersuchung aus 49 Ländern mit relevantem muslimischen Bevölkerungsanteil gefragt wurden, ob sie Muslime seien wurden sie um eine Selbsteinschätzung ihrer Gläubigkeit gebeten:

- *„Wie gläubig sind Sie? Gar nicht, eher nicht gläubig, eher gläubig, sehr stark gläubig, keine Angabe“.*

Im Anschluss folgten Fragen nach der Religionspraxis:

- *„Halten Sie sich an religiöse Speisevorschriften? Fasten Sie? Feiern Sie religiöse Feste? Beten Sie täglich? Sind Sie Mitglied in einem religiösen Verein?“ usw.*

Eine wesentliche Erkenntnis der Umfrage ist, dass ein substantieller Anteil von Personen aus mehrheitlich muslimischen Ländern der Selbsteinschätzung zufolge angibt, kein Muslim zu sein.⁸ Dies trifft besonders auf Personengruppen aus bestimmten Staaten und Regionen zu. Als Muslime bezeichneten sich beispielsweise

- nur 50 Prozent der Befragten aus Iran,
- 37 Prozent aus Südosteuropa,
- 64 Prozent aus dem Nahen Osten
- und 88 Prozent der Türkeistämmigen.

Keiner Religionsgemeinschaft gehören laut Selbstauskunft 37 Prozent der Befragten aus Iran, 20 Prozent aus Südosteuropa und knapp 8 Prozent der Türkeistämmigen an.⁹

Befragte im Alter ab 16 Jahren mit Migrationshintergrund nach Religion und Herkunftsregionen (in Prozent)

	Südost-Europa	Türkei	Zentral-asien/GUS	Iran	Süd-/Südost-Asien	Naher Osten	Nordafrika	Sonstiges Afrika	Gesamt
Muslime	37,3	88,2	1,5	50	59,6	64,4	84,7	22,9	54,1
Christ	41,3	2,5	62,3	9,3	10,3	17,8	1,9	66,4	25,9
Jude	0,2	0,0	4,5	0,7	0,0	1,6	0,0	0,0	1,3
Andere	0,7	1,6	1,9	2,9	16,3	3,2	0,0	1,5	2,2
Keine	20,4	7,7	29,8	37,1	13,8	12,9	13,5	9,2	16,6
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Deutsche Islam Konferenz, *Muslimisches Leben in Deutschland*, 2009, S. 111.

Hinzu kommt ein auf den ersten Blick überraschendes Ergebnis, das erstaunlicherweise bis heute kaum wahrgenommen und diskutiert wurde: Ein signifikanter Anteil der Befragten, die sich laut Studie durchaus zum Islam bekannten, charakterisierte sich außerdem als "nicht gläubig" oder "eher nicht gläubig". Demnach wären rund 14 Prozent der 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime nicht gläubige Muslime oder anders gesagt, spielt der Glaube für sie keine große Rolle in ihrem Leben.

In einigen Herkunftsgruppen ist dieser Anteil erheblich höher als im Durchschnitt, z.B. unter den aus Iran (55 Prozent) oder Südosteuropa stammenden Befragten (22 Prozent).

⁸ Sonja Haug, Stephanie Müssig & Anja Stichs: *Muslimisches Leben in Deutschland*. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg 2009, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 12; 111; 302-320.

⁹ Ebd.: S. 87; 111; 302-320.

Religiosität der befragten Muslime nach Region und Geschlecht (in Prozent)

	Südost-Europa	Türkei	Zentral-asien/GUS	Iran	Süd/-Südost-Asien	Naher Osten	Nordafrika	Sonstiges Afrika	Gesamt
Sehr stark gläubig	15,4	41,4	5,0	10,1	35,9	23,0	34,3	46,7	36,0
Eher gläubig	63,0	47,1	95,0	34,8	53,0	60,2	58,1	40,0	50,4
Eher nicht gläubig	18,8	8,4	-	24,6	8,5	8,9	5,2	6,7	9,6
Gar nicht gläubig	2,7	3,1	-	30,4	2,6	7,9	2,3	6,7	4,0

Quelle: Deutsche Islam Konferenz, *Muslimisches Leben in Deutschland*, 2009, S. 141¹⁰

Hier bedarf es einer kurzen Einordnung:

- Was sagt die Zählung „nicht gläubiger Muslime“ aus?

Für das staatliche Verständnis von „Muslim“ ist offenbar bestimmend, in welche Familie oder Ethnie Personen hineingeboren wurden, und nicht, inwiefern sie sich selbst für eine bestimmte Religiosität entschieden haben. Dies entspricht zwar durchaus der islamrechtlichen Vorstellung, nach der man Muslim durch Geburt oder Bekenntnis zum Islam wird. Die zugrunde liegende Definition von Muslim beruht damit weiterhin auf Herkunft und nicht auf religiöser Überzeugung oder der Glaubenspraxis des Individuums.

Menschen aus muslimischen Ländern werden so immer wieder mit der Frage nach der religiösen Zugehörigkeit konfrontiert und unabhängig von ihrer eigenen religiösen Praxis oder Selbstdefinition zum Muslim erklärt oder nehmen diese Zuschreibung an, ohne dass dies notwendigerweise ihre Lebensrealität widerspiegelt.

- Wie ist die Selbsteinordnung „Muslim, aber ungläubig“ einzuschätzen?

Die Angabe von durchschnittlich vier Prozent der Befragten – unter den iranischstämmigen Teilnehmern der Erhebung sogar über 30 Prozent – die sich zwar zum Muslimsein bekennen aber gleichzeitig als "gar nicht gläubig" einschätzen, mag zunächst Verwunderung hervorrufen. Allerdings entspricht dies einem Muster, das bereits in qualitativen Studien anhand zahlreicher Interviews und Analysen öffentlicher Stellungnahmen prominenter Muslime deutlich wurde: Islamisches Bewusstsein und Identifikation als Muslim sind längst nicht mehr an Religiosität oder Glauben gebunden, sondern zunehmend Reaktionen auf Fremdzuschreibung als Muslim, Diskriminierung

¹⁰ Sonja Haug, Stephanie Müssig & Anja Stichs: *Muslimisches Leben in Deutschland*. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg 2009, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

und Entfremdung. Religiöse Bindungen und Gemeinschaften können in einer als ausgrenzend und ablehnend empfundenen Umwelt und Gesellschaft zu Identitätsankern werden. Das setzt allerdings nicht unbedingt die Übernahme bzw. Zunahme des Glaubens oder die Praxis von (tradierten religiösen) Ritualen voraus.¹¹

5. Ungenau, aber hartnäckig: Warum hat sich die Zahl vier Millionen Muslime durchgesetzt?

- Die derzeit aktuellste Berechnung (3,8 bis 4,3 Millionen Muslime) wird seit 2009 ebenso wie die vorherigen Schätzungen als offizielle Angabe in allen Texten der Bundesregierung und anderer Verwaltungseinheiten herangezogen. In Medien, Politik und Forschung – aber auch von islamischen Verbänden – wurde sie überwiegend unhinterfragt übernommen.
- Ein Grund für ihren stetigen Gebrauch ist ihre Alternativlosigkeit: Es gibt bisher trotz all der Mängel schlichtweg keine verlässlichere Zahl oder Hochrechnung. Zwar ist die Studie, da sie von problematischen Grundprämissen ausgeht, kritisierbar und verbesserungsfähig, aber methodisch ist sie solide und keineswegs grundsätzlich anzuzweifeln.
- Ein weiterer Grund dürfte eine Rolle spielen: Die Prämissen der aktuellsten Schätzung zu Muslimen in Deutschland entsprechen dem allgemeinen Empfinden und Diskurs über die muslimische Präsenz in westeuropäischen Ländern, wonach Muslime und Migranten zunehmend gleichgesetzt werden und die Annahme vorherrscht, Muslime hätten generell einen Migrationshintergrund in muslimischen Ländern. Darüber hinaus besteht die Vorstellung, Muslime bildeten eine Gemeinschaft, unabhängig von ihrer religiösen Prägung, also vom muslimischen Atheisten bis zur praktizierenden Verbandsvertreterin.

6. Für wen sind die Zahlenangaben zu Muslimen wichtig?

Die Zahlen über Muslime in Deutschland können je nach politischer Intention als besonders hoch oder erstaunlich gering eingeordnet werden. Die zunächst objektiv wirkenden Angaben über die Anzahl von Menschen muslimischen Glaubens bilden die Grundlage für Interpretationen, wenn nicht gar Manipulationen. Deshalb ist es interessant, sich anzusehen, von wem die seit nun über zehn Jahren vorhandenen Zahlenangaben wozu herangezogen werden.

¹¹ Riem Spielhaus: Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung. Würzburg 2011.

Verwaltung auf kommunaler, Landes-, und Bundesebene

Kommunen und Bundesländer haben ein nachvollziehbares Interesse daran, die Bedarfe für ihre Bürger einzuplanen, wie etwa mögliche Anmeldungen von Kindern für den islamischen Religionsunterricht oder den Bedarf an Friedhofsplätzen für Muslime. Die Bundespolitik sieht die Zusammenarbeit mit Muslimen im Bereich Sicherheit, aber auch für Integrationspolitik im weiteren Sinn als notwendig, weshalb 2006 die Deutsche Islam Konferenz einberufen wurde und seither als „Dialogforum“ zwischen Staat und Muslimvertretern fungiert.

Populisten und Rechtsextreme

Islamfeindliche Populisten greifen die Zahlen auf und sind an Übertreibungen und demographischen Hochrechnungen interessiert, um eine Bedrohung durch die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland bzw. Europa zu belegen.

Die Schätzungen zur Anzahl der Muslime in Deutschland werden nicht selten im Kontext eines Trends, also im Zusammenhang mit vorhergehenden Berechnungen oder mit Zukunftsprognosen auf Grundlage angenommener Geburtsraten und Migrationsprognosen diskutiert. Derartige Hochrechnungen werden dann zumeist mit Warnungen vor einer Islamisierung einzelner Städte, ganz Deutschlands oder gar Europas verbunden.

Islamische Verbände

Für islamische Verbände sind Zahlen und Fakten über die in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime ein wichtiger Beleg für die eigene Bedeutsamkeit und Relevanz, um ihrem Ziel der Interessenvertretung folgen zu können. Nach der Logik: Je mehr Muslime es gibt, desto bedeutsamer ist der eigene Verband und muss von staatlichen Stellen, Politik und Medien anerkannt werden. Die Anerkennung ist schließlich die Voraussetzung für die erfolgreiche Interessenvertretung, die wiederum hilft Mitglieder zu gewinnen bzw. an sich zu binden.

Islamische Dachverbände verwendeten lange Zeit, ähnlich deutschen Regierungsstellen, eine Definition von Muslimsein, die an Nationalität und Herkunftsland gekoppelt ist. So behauptete DITIB zumindest bis 2007 wiederholt, alle Musliminnen und Muslime in Deutschland in religiösen Fragen zu vertreten, zumindest alle aus der Türkei eingewanderten Menschen.¹² Der Verweis auf die Anzahl der Muslime als

¹² „Unsere Organisation vertritt über 60 Prozent der Muslime in Deutschland“, äußerte Ridvan Çakir, Vorsitzender der DITIB in einem Interview mit der Wochenzeitschrift Die Zeit. Sein Verband vertrete die große Mehrheit der Muslime in Deutschland, darunter auch zunehmend mehr nicht aus der Türkei stammende Muslime. Ein paar Monate später, im Januar 2005, war der Vertretungsanspruch auf 72 Prozent gestiegen. So erklärte der Dialogbeauftragte der DITIB, Bekir Alboga in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Wir sind der größte Verband, wir repräsentieren 72 Prozent der Muslime, und wir sind bereit, alle Muslime zu vertreten.“ (Mehmet Yildirim und Bekir Alboga: Wir sind bereit, alle Muslime zu vertreten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.02.2005; Ridvan Çakir: Das Kopftuch ist nicht so wichtig. In: Die Zeit. 03.06.2004).

Konstituentenschaft kann als Versuch gewertet werden, die Bedeutung islamischer Verbände als politischer Akteur und Ansprechpartner im weitgehend erfolglosen Bemühen um Anerkennung zu dokumentieren. Gerade dieser Anspruch auf eine letztlich nicht nachweisbare Vertretung verkehrte sich folgend in ein Argument für die Nichtanerkennung. Er wurde nicht nur von anderen Verbänden, sondern zunehmend auch von nicht organisierten Einzelpersonen und schließlich von Wissenschaftlern und der Politik in Frage gestellt. Dies führte schließlich auch zu der Nachfrage der Deutschen Islam Konferenz nach einer repräsentativen Befragung der Muslime in Deutschland, wie viele von ihnen sich durch einen der großen islamischen Dachverbände vertreten fühlten.

Doch die Strategie einiger Verbände eine besonders hohe Zahl von Muslimen anzugeben, ist nicht aufgegangen: Der Vertretungsanspruch islamischer Verbände wurde von Regierungsseite gerade mit dem Verweis auf die große Zahl von Muslimen (oder genauer gesagt Menschen muslimischen Hintergrunds) und der daran gemessen geringen Anzahl der in islamischen Vereinen Organisierten in Frage gestellt.

7. Zusammenfassung

- Da ein hoher Anteil beim Zensus 2011 keine Angaben zur Religionszugehörigkeit machte und eine hohe Abweichung der Ergebnisse von vorangegangenen quantitativen Erhebungen besteht, charakterisieren die Zensusmitarbeiter den Anteil von 1,9 Prozent Muslimen an der Bevölkerung Deutschlands als „nicht verlässlich“ und kündigen weitere datengestützte Auswertungen an. Es ist anzunehmen, dass diese Auswertungen sich wie bisherige Erhebungen auf das Kriterium Migrationshintergrund stützen werden.
- Auf Grundlage einer Umfrage im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz aus dem Jahre 2009 wurde die Anzahl von Muslimen in Deutschland auf 3,8 bis 4,3 Millionen Personen geschätzt, was ca. 5 Prozent der Bevölkerung Deutschlands entspricht. Befragt wurden dabei lediglich Menschen aus Ländern mit relevanter muslimischer Bevölkerung. Als Muslim oder Muslimin gezählt wurden dabei alle Personen, die eine solche Bezeichnung nicht zurückweisen bzw. sich als im Islam verortet bezeichnen würden.
- Eine signifikante Zahl an Migranten aus mehrheitlich muslimischen Ländern gibt an, anderen Religionen anzugehören oder sich von ihrer ursprünglichen Religion abgewendet zu haben. Nur 54 Prozent der Befragten gaben an, „Muslim“ zu sein.
- Alle vorliegenden Zahlen zu Muslimen sind Schätzungen, d.h. Hochrechnungen, die als Ausgangspunkt die Kategorie (ehemalige) Nationalität haben.

- Zum Islam Konvertierte und deren Nachkommen sind in die bisherigen Hochrechnungen nicht einbezogen. Wir haben es also weiterhin mit einer engen Vermengung der Kategorien Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit zu tun.
- Auch Muslime aus nicht muslimisch geprägten Herkunftsländern wurden ausgeklammert. Die qualitative Forschung weist jedoch darauf hin, dass die innereuropäische Migration von Muslimen relevant sein könnte.
- Ein signifikanter Anteil der Befragten, die sich laut Studie durchaus zum Islam bekannten, charakterisierte sich als "nicht gläubig" oder "eher nicht gläubig". Demnach wären rund 14 Prozent der 3,8 bis 4,3 Millionen Muslime nicht gläubige Muslime oder anders gesagt, spielt der Glaube für sie keine große Rolle in ihrem Leben.
- Der Anstieg der Zahl von der ersten Schätzung 1999 (rund drei Millionen Muslime) auf die letzte Schätzung (rund vier Millionen Muslime) zeigt keine Tendenz, sondern ist in erster Linie auf unterschiedliche Methoden der Berechnung zurückzuführen.

Fazit: Wie viele gläubige Muslime leben in Deutschland?

Von den Befragten der BAMF-Studie, die sich als Muslime bezeichnet hatten, gaben 36 Prozent an, sehr gläubig zu sein, rund 50 Prozent eher gläubig, rund zehn Prozent bezeichneten sich als eher nicht gläubig und vier Prozent als gar nicht gläubig. Dieser Durchschnitt der Befragten könnte mit dem Original Datensatz auf die Gesamtzahl der Personen aus den jeweiligen Herkunftsregionen hochgerechnet werden, um die Verteilung der Gläubigkeit und Religionspraxis zu eruieren. Das würde die Anzahl der gläubigen „Muslime“ in Deutschland, die möglicherweise eine Vertretung durch islamische Verbände anstreben oder als potentielle Nutzer religiöser Dienstleistungen in Frage kämen, vermutlich deutlich verringern.

Hinzu kommt die fälschliche Gleichsetzung von Herkunftsland und Glaubensgemeinschaft. Dabei haben bereits andere Befragungen wie der „Religionsmonitor“ der Bertelsmann Stiftung gezeigt, dass Wanderungsbewegungen nicht unbedingt die Gesamtbevölkerung der Herkunftsländer widerspiegeln. Bestimmte Bevölkerungsgruppen wie religiöse Minderheiten oder Mitglieder der politischen Opposition sind stärker ausgewandert.¹³ Aus der religiösen Zusammensetzung der

¹³ Siehe Peter Heine und Riem Spielhaus: Sunniten und Schiiten in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung [Hrsg.]: Religionsmonitor 2008. Muslimische Religiosität in Deutschland. Gütersloh 2008, S. 24-31; vgl. Mark Brown: Quantifying the Muslim population in Europe: conceptual and data issues. In: International Journal of Social Research Methodology, 3(2) 2000, S. 87-101.

Bevölkerung des Herkunftslandes kann daher nicht automatisch auf die Religion der in Deutschland lebenden Migranten geschlossen werden.¹⁴

Bisher gibt es keine quantitativen Untersuchungen, die eine Schätzung zulassen, wie viele Musliminnen und Muslime aus europäischen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Auch dieser Umstand macht deutlich: Wir wissen gar nicht genau, wie viele Muslime in Deutschland leben.

Es besteht weiterhin eine große Nachfrage nach Daten und Fakten. Quantifizierten Daten wird in Debatten eine hohe Aussagekraft zugeschrieben, selbst wenn sie auf punktuellen und ungenauen Berechnungs- oder Erhebungsmethoden beruhen. Sie werden auch dann eher herangezogen als auf langfristigen Beobachtungen beruhende detaillierte Beschreibungen.

Das wirft die Frage auf, wie Erhebungen aussehen müssen, um tatsächlich die Religionszugehörigkeit zu zählen und nicht die Zugehörigkeit zu einer vermeintlichen islamischen-kulturellen Einwanderergruppe. Bleiben wir weiterhin bei der Hochrechnung von sekundären Merkmalen oder brauchen wir umfassendere Umfragen zur Selbsteinschätzung? Bei Letzterem hat der Zensus 2011 allerdings gezeigt, dass Befragungen von Angehörigen einer Minderheitenreligion mit besonderen methodischen Schwierigkeiten verbunden sind. Im Gegensatz zum Ausländerstatus, zur Einkommens- oder Altersgruppe wird hier die Kategorie Religionsbekenntnis von den Befragten selbst definiert. Deshalb können wir schlichtweg nicht sicher sein, wie genau die Antworten zu deuten sind. Hinzu kommt, dass sowohl Glaubensbekenntnisse als auch identitäre Selbstverortungen veränderbar sind. Wir haben es also bei Selbsteinschätzungen mit äußerst instabilen Kategorien zu tun.

8. Empfehlungen zum Umgang mit Zahlen zu Muslimen in Deutschland

Die derzeitigen Schätzungen zur Anzahl der Muslime in Deutschland in Frage zu stellen, ohne eine alternative Angabe zu geben, hat kaum Chancen auf Erfolg. Gleichzeitig scheint es notwendig, die Kategorie „Muslim“ in ihrer geradezu inflationären Verwendung zu hinterfragen und sowohl in der Forschung wie auch in Medien, Politik und Verwaltung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Kategorie lediglich im Kontext religiöser oder identitärer Bezüge eine bedeutungsvolle Aussagekraft entfalten kann.

Um das zu erreichen, ist es wichtig, zwischen Menschen mit „muslimischem Hintergrund“ und praktizierenden bzw. gläubigen Muslimen zu unterscheiden. Aus diesem Grund wäre eine aussagekräftige Schätzung praktizierender oder organisierter

¹⁴ Sonja Haug, Stephanie Müssig & Anja Stichs: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg 2009, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S.12.

Muslimen für aktuelle Debatten um den Islam in Deutschland dringend notwendig. Das könnte u. a. für Politik und Verwaltungen hilfreich sein, wenn es um die Planung von Religionsunterricht oder Friedhofsplätzen geht, aber auch für die nüchterne Bewertung des Vertretungsanspruchs islamischer Verbände.

Diese Zahl sollte durch (nicht an das Kriterium Herkunftsland geknüpfte) Zufallsstichproben und das Kriterium „Selbstdefinition als Muslim“ kombiniert mit einer Befragung zur Bedeutung des Selbstverständnisses als Muslim erhoben werden.

Darüber hinaus scheint es sinnvoll, an die Kategorie Muslim geknüpfte Vorstellungen zu hinterfragen, wie die Annahme, dass Muslimen in der Regel aus mehrheitlich muslimischen Ländern stammen. Der vermeintlich eindeutigen Bedeutung der Kategorie „Muslim“ ließe sich bspw. mit Reportagen über aus Italien, Spanien oder Litauen eingewanderte oder in Deutschland geborene und verankerte Muslimen begegnen.

Konkret heißt das:

- Politik, Medien und Interessenvertretungen sollten genau abwägen, wann die Bezeichnung „Muslim“ und damit die gültige Zahlenangabe relevant ist. Im Hintergrund öffentlicher Debatten sollten die Fragen stehen: Ist die Religion der Genannten tatsächlich bekannt und ist sie im konkreten Zusammenhang wirklich relevant?
- Im Umgang mit den Zahlen wird häufig die Annahme deutlich, alle Muslimen bildeten eine zusammengehörige Gruppe, die dieselben Ziele verfolgt (bei antimuslimischen Populisten etwa die Errichtung eines islamischen Gottesstaates). Oder sie würden alle dasselbe Religionsverständnis teilen (z.B. in Bezug auf theologische Konzepte wie Scharia und Jihad). „Muslim“ hat sich mittlerweile als Kategorie in der deutschen Debatte etabliert. Es sollte daher klargestellt werden, dass Menschen muslimischen Hintergrunds nicht per se religiöse, politische oder andere Einstellungen teilen. Die auch unter Muslimen starken sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Unterschiede verdienen es, häufiger beachtet zu werden.

.....
Die Autorin ist Islamwissenschaftlerin am Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. 2011 hat Riem Spielhaus ihre Dissertation "Wer ist hier Muslim? - Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung" veröffentlicht. Kontakt: Riem.Spielhaus@jura.uni-erlangen.de